

Monika Halbinger

„An unsere Umwelt in Deutschland richten wir uns heute nicht im Tone der Anklage, der Mahnung und Belehrung...“

Die Berichterstattung der deutsch-jüdischen Presse zum 20. Jahrestag der Novemberpogrome

1958 war für die jüdische Gemeinschaft ein Jahr, in dem die Konsolidierung jüdischen Lebens in Deutschland bereits vorangeschritten war. Der 1950 gegründete Zentralrat der Juden in Deutschland hatte es sich zum Ziel gemacht, die Interessen der jüdischen Gemeinschaft gegenüber Staat und Gesellschaft mit einer Stimme zu vertreten. Neben dem Engagement für eine finanzielle ‚Wiedergutmachung‘ für die Verfolgten des NS-Regimes sowie der Vorbereitung von NS-Prozessen stand vor allem der Aufbau der Gemeinden im Vordergrund der Arbeit des Zentralrats.

Schon die Existenz dieser Interessensvertretung machte deutlich, dass in gewisser Weise ein Übergangsstadium zu Ende gegangen war. Trotz aller Vorbehalte von jüdischer Seite angesichts des alltäglich erlebten Antisemitismus sowie restaurativer Tendenzen¹ und ganz im Gegensatz zu den Ansichten internationaler jüdischer Organisationen gab es nun eine Repräsentanz, die sich dazu bekannte, dass jüdisches Leben in Deutschland weiterbestand und weiterbestehen werde.

Die Vorstellung von jüdischen Gemeinden in Deutschland als reine Liquidationsgemeinden, deren einzige Aufgabe es sei, die Auswanderung von Juden zu organisieren, schien angesichts des beginnenden Aus- und Aufbaus von Gemeinden in den 1950er Jahren obsolet geworden. So wurden 1951 in Saarbrücken und 1952 in Stuttgart die ersten größeren Synagogenneubauten eingeweiht. 1956 folgte die Synagoge in Dortmund.²

¹ Zu denken ist hier unter anderem an die ablehnende Haltung vieler Deutscher gegenüber der Entnazifizierung, an die zeitliche Verschleppung von NS-Prozessen sowie an gesetzgeberische Maßnahmen, die früheren NSDAP-Funktionären den Weg in den öffentlichen Dienst und den Anspruch auf Versorgungsleistungen ermöglichten.

² Ulrich Knufinke: Neue Synagogen in Deutschland nach 1945. In: Aliza Cohen-Mushlin, Harmen H. Thies (Hg.): Synagogenarchitektur in Deutsch-

Doch dieser Aufbau jüdischen Lebens lief meist unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit ab – was von jüdischer Seite häufig nicht unbeabsichtigt war, war man sich seiner Zukunft in Deutschland doch nicht ganz gewiss. Ähnlich verhielt es sich mit dem beginnenden Gedenken an die Verbrechen während der NS-Zeit, das auf offiziell-jüdischer Ebene kurz nach Kriegsende begann: 1948 erklärte das Präsidium des Central Jewish Committee den 9. November zum jüdischen Gedenktag und bat die Vorstände der jüdischen Gemeinden in der britischen Zone, „dem Charakter des Tages entsprechend, Ihre Gemeindeglieder zu Feiern zusammen zu rufen“³.

In den ersten Jahren schien das Erinnern an die Novemberpogrome⁴ vor allem eine innerjüdische Angelegenheit zu sein, was angesichts der Verstrickung weiter Bevölkerungsteile in den Nationalsozialismus nicht verwunderlich war.⁵ Wohl gab es auch nichtjüdische Gedenkakte, doch waren diese meist auf Anregung von jüdischer Seite entstanden und in ihrer Reichweite lokal begrenzt. Eine mediale Auseinandersetzung fand zum 10. Jahrestag, also 1948, vor allem in den Blättern der jüdischen Gemeinden statt.⁶

Das Jahr 1958 stellte im Hinblick auf das Gedenken an die Novemberpogrome jedoch eine Zäsur dar. Erstmals wurde dieser Jahrestag in der bundesweiten Öffentlichkeit als Ereignis beachtet – wenn auch bei weitem noch nicht so, wie dies ab 1978 der Fall sein sollte⁷. So wurde etwa die Grundsteinlegung zum Synagogenneubau in Hamburg im November 1958 von ei-

land. Dokumentation zur Ausstellung: „... und ich wurde ihnen zu einem kleinen Heiligtum ...“ – Synagogen in Deutschland. Petersberg 2008, S. 98–101.

³ Norbert Wollheim: Der 9. November als Gedenktag. In: Jüdisches Gemeindeblatt, 5.11.1948, S. 11.

⁴ Angesichts der Tatsache, dass sich die antijüdischen Ausschreitungen über einen längeren Zeitraum erstreckten und bereits am 7.11.1938 begannen, sollte von Novemberpogromen im Plural gesprochen werden. Vgl. Y. Michal Bodemann: Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung. Hamburg 1996, S. 89 f.

⁵ Allerdings muss hier eines bedacht werden: Diese offizielle Erinnerung wurde vor allem von Funktionären der jüdischen Gemeinden und des Zentralrats getragen, die mehrheitlich Juden deutscher Herkunft waren. Die meisten Mitglieder der jüdischen Gemeinden waren jedoch ehemalige DPs (Displaced Persons), die ursprünglich aus Osteuropa stammten und keine persönlichen biographischen Erinnerungen an den 9.11.1938 hatten.

⁶ Harald Schmid: Erinnern an den „Tag der Schuld“. Das Novemberpogrom von 1938 in der deutschen Geschichtspolitik. Hamburg 2001, S. 128.

⁷ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Anne Giebel in dieser Zeitschrift, ab S. 56–69.

ner breiten Bevölkerung wahrgenommen.⁸ Auch in den Medien wurden die Gedenkereignisse um den 9. November allmählich „Seite-Eins-Fähig“.⁹

Wie aber berichtete die jüdische Presse, gerade auch angesichts dieses Wandels in der gesamtgesellschaftlichen Rezeption der Pogrome?

Dass sich etwas verändert hatte, war auch hier deutlich zu spüren. So druckten sowohl die *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland*¹⁰ als auch die *Münchener Jüdischen Nachrichten*¹¹ Schreiben von Bundespräsident Theodor Heuss als auch von Bundeskanzler Konrad Adenauer ab, welche die beiden Politiker anlässlich des Gedenktages an den Zentralrat der Juden

gesandt hatten, und die ein „geschichtspolitisches Novum“ darstellten.¹² Der Gedenktag erfuhr hier gleichsam eine offiziell-politische Anerkennung. Während Heuss die Pflicht „dieses Tages zu gedenken“ unterstrich, bekräftigte Adenauer vor allem den Willen zur „Wiedergutmachung“.

Beide Zeitungen, sowohl die *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland*¹³ als auch die *Münchener Jüdischen Nachrichten*¹⁴, waren, obgleich sie sich als unabhängig ver-



1 Die zunehmend engere Bindung zwischen offizieller deutscher Politik und jüdischer Gemeinschaft zeigte sich auch anlässlich der Einweihung der Kölner Synagoge am 20. September 1959: Bundeskanzler Adenauer hielt eine Rede vor der Festversammlung.

⁸ Ebd., S. 211.

⁹ Ebd., S. 222.

¹⁰ *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland*, 14.11.1958, S. 3.

¹¹ *Münchener Jüdische Nachrichten*, 14.11.1958, S. 1.

¹² Harald Schmid: *Erinnern* (wie Anm. 6), S. 215.

¹³ Die heute als „Jüdische Allgemeine“ bekannte Zeitung, die seit 1946 mehrfach ihren Namen wechselte, wurde 1973, sieben Jahre nach dem Tod des Herausgebers Karl Marx, vom Zentralrat der Juden herausgegeben und verlor somit ihren Charakter als unabhängige Publikation.

¹⁴ Die *Münchener Jüdischen Nachrichten* wurden 1951 von Moses Lustig (1906–1976) gegründet, gleichsam als „Ein-Mann-Projekt“ geführt und mit Lustigs Tod 1976 eingestellt. Lustig, selbst ein DP, wollte eine Zeitung herausgeben, die sowohl deutsche Juden als auch DPs, die vor allem in Bayern ansässig waren, ansprechen sollte. Er vertrat dabei eine nationale und

standen, den jüdischen Gemeinden und ihren Vertretern gegenüber mehr oder weniger loyal eingestellt. Die mangelnde Vielfalt der deutsch-jüdischen Presse nach 1945 bot keine Grundlage für einen pluralistischen jüdischen Diskurs wie dies vor 1933 der Fall gewesen war.¹⁵

Karl Marx, Herausgeber und Chefredakteur der *Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland*, pflegte darüber hinaus engen Kontakt zum politischen Establishment, wovon unter anderem ein Interview mit Konrad Adenauer zum Anlass des Gedenkens im November 1958 zeugt.¹⁶ Darin verwies Adenauer immer wieder auf Gespräche, die beide schon geführt hätten und antwortete auf Marx' Frage, wie er „heute die Judenfrage in Deutschland betrachte [...]“¹⁷, er denke dabei „nicht nur an die materiellen Trümmer in unserem ganzen Land, sondern vor allem auch an die seelische Not, die der Nationalsozialismus im Hinblick auf das jüdische Volk hinterlassen hatte“. Adenauer postulierte eine antinazistische Grundhaltung des deutschen Volkes, das „mit Abscheu auf die furchtbaren Taten des Nazismus zurückblickt“. Dieser Umstand werde auch nicht „durch Einzelfälle antisemitischer Äußerungen beeinträchtigt“. Adenauer begrüßte die Existenz jüdischer Gemeinden in Deutschland, seien sie „doch ein kleines Zeichen für das Vertrauen, das langsam wieder zu unserem Staate in der jüdischen Welt zu wachsen beginnt“. Für ihn bedeute dies „eine tiefe Befriedigung, denn ein Rechtsstaat kann auf dieser furchtbaren Vergangenheit nur wachsen, wenn diese Vergangenheit nicht durch Totschweigen, sondern durch Wandlung überwunden wird“. Dass Adenauer das Interview in erster Linie für seine politische Botschaft nutzte, kam auch darin zum Ausdruck, dass er die Pogrome um den 9. November 1938 wenig konkret in ihren Ausmaßen erwähnte. Zwar war kurz die Rede von zerstörten Synagogen, doch das Pogrom

keine konfessionelle Definition des Judentums. Vgl.: Anne B. Mittelhammer: Rund um die Münchner Gemeinde. Die jüdische Gemeindepolitik in München 1950–1970 im Spiegel der Münchner jüdischen Presse, unveröffentlichte Magisterarbeit, Ludwig-Maximilians-Universität München 2010, S. 23–28.

¹⁵ Vgl. Michael Brenner: Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945–1950. München 1995, S. 212.

¹⁶ Beitrag zu neuem Verstehen. Ein Interview zwischen Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und Karl Marx. In: *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland*, 14.11.1958, S. 5.

¹⁷ Der nach 1945 diskreditierte Begriff der „Judenfrage“ fand sich hier noch ohne distanzierende Anführungszeichen.

selbst beschrieb er abstrakt als „schwärzesten Tag“, an dem „das Gesetz der Freiheit mit Füßen“ getreten worden sei.

Auch das Direktorium des Zentralrats suchte nun eine neue Form der Öffentlichkeit und wandte sich erstmals mit einer Erklärung zum 20. Jahrestag des November-Pogroms an die Mitglieder der jüdischen Gemeinden und die „Umwelt in Deutschland“. Die Botschaft wurde sowohl in der *Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland* als auch in den *Münchener Jüdischen Nachrichten* auf der jeweils ersten Seite abgedruckt.¹⁸

Hier wurde das Geschehen des 9. November 1938 sehr direkt geschildert: „In den Straßen aller deutscher Städte zersprangen die Schaufenster der jüdischen Geschäfte. Ein Strom von Plünderern und Gewalttätern verschaffte sich Einlaß. Juden wurden in ihren Wohnungen überfallen und manche vor den Augen ihrer Angehörigen erschossen. Viele Tausende von Juden traten den Weg in die Konzentrationslager an.“¹⁹

Bemerkenswert an dieser öffentlichen Stellungnahme war die Zweiteilung der Adressatengruppe: Die Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft wurden aufgefordert, „in diesen Novembertagen der umgekommenen Familienangehörigen, der Freunde und der Nachbarn, der Millionen jüdischer Opfer“ zu gedenken. Mahnend hieß es weiter: „Mit der tiefen Dankbarkeit für unsere Rettung sollten wir uns der besonderen Pflicht bewußt sein, die das Schicksal dieser Generation auferlegt hat. Wir haben diese Katastrophe erlebt und überlebt und dürfen niemals in eine Geisteshaltung der Selbstzufriedenheit verfallen. Vergessen wäre hier fehl am Platz.“ Diese Botschaft war zugleich auch mit einer Begründung für die Entscheidung, in Deutschland zu bleiben, verbunden. So habe man sich bei dem

¹⁸ Zum 20. Jahrestag des Novemberpogroms von 1938. Botschaft des Zentralrates der Juden in Deutschland. In: *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland*, 7.11.1958, S. 1; sowie in: *Münchener Jüdische Nachrichten*, 7.11.1958, S. 1.

¹⁹ Diese und ähnliche explizite Beschreibungen der Pogrome fanden sich vornehmlich bei jüdischen Beiträgern. Vgl. z. B. auch E. G. Lowenthal: Nachwehen des 9. November. Das Scheibenklirren und die Geschichtsschreibung. In: *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland*, 21.11.1958, S. 15. Hier schien das Klirren der Fensterscheiben noch hörbar, was verdeutlichte, wie präsent die Übergriffe für den Autor noch immer waren. Ebenso: In München. In: *Münchener Jüdische Nachrichten*, 14.11.1958, S. 1–3, hier S. 2. In der Schilderung der Gedenkfeiern wurde auch Julius Spanier zitiert, der sehr eindringlich die Greuel beschrieb, die später im Holocaust folgten, ohne sich in euphemistische Formulierungen zu flüchten.

Entschluss, „von dem Gedanken leiten“ lassen, „daß es der Menschheit keinen Nutzen bringen kann, künstliche Vorhänge aus Voreingenommenheit und Haß zu ziehen. Die Wiedererrichtung jüdischer Gotteshäuser und Gemeinden bezeugt die Unbesiegbarkeit des Geistes und das ewige ‚Dennoch‘ in der jüdischen Geschichte.“

Konziliant hieß es dagegen an Nichtjuden gewandt: „An unsere Umwelt in Deutschland richten wir uns heute nicht im Tone der Anklage, der Mahnung und Belehrung, auch nicht mit Forderungen nach materieller Wiedergutmachung. Zerstörtes Leben kann durch Menschenhand nicht erweckt werden.“ Damit wurde ein Appell verbunden, der Juden und Nichtjuden verbinden sollte, aber auch Täter und Opfer in eine seltsame Nähe brachte: „Hieraus sollten wir alle lernen, die Verfolger und die Verfolgten, die Gerechten und die Ungerechten und bestimmt die Selbstgerechten. Die Geschichte der jüngsten Vergangenheit ist unbequem, erbarmungslos und mörderisch. Nur dann kann eine heilsame Wirkung von ihr ausgehen, wenn diese Generation sich ihrer voll bewußt wird.“ Dieser Aufruf des Zentralrats trug deutlich pädagogisch-politische Züge, die auch einer gewissen Idealisierung nicht entbehrten: Eine gemeinsame Zukunft für Juden und Nichtjuden in Deutschland sah man in der „heilsame[n] Wirkung“ des Wissens um die Vergangenheit begründet.

Auch ein Artikel Heinz Galinskis, Vorsitzender des Zentralrats und der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, beschwor den Blick nach vorn und verknüpfte das Gedenken mit einem aktuellen Anliegen, nämlich der Bitte um Unterstützung für das neue Jüdische Gemeindezentrum, das „uns über die Schrecken der Novembernächte vergangener Jahre hinausführen [wird] in eine – wie wir hoffen – glückliche Zukunft“.²⁰

In den *Münchener Jüdischen Nachrichten* erinnerte der Generalsekretär des Zentralrats, Hendrik George van Dam, an Stimmen, die jüdisches Leben in Deutschland nach 1945 für unmöglich hielten, und setzte deren Einschätzung die Realität von etwa 30 000 gegenwärtig wieder in Deutschland lebenden Juden entgegen.²¹ Zwar dürfe man die Vergangenheit nicht

²⁰ Heinz Galinski: Die Botschaft des 9. November. In: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 7.11.1958, S. 13.

²¹ Hendrik George van Dam: Der Anfang vom Ende. Zum 20. Jahrestag der „Kristallnacht“. In: Münchener Jüdische Nachrichten, 14.11.1958, S. 1. Der Begriff „Kristallnacht“ wurde in den untersuchten Artikeln teilweise

Verlag: Zeitungsverlag M. Lustig, München 12, Landsberger Str. 95/Rdg., Telefon 55 73 76, Postcheckkonto: München Nr. 103 824

MÜNCHENER

Erscheint wöchentlich (4 x monatlich) Abonnementpreis: monatlich DM 1,40 zuzüglich 9 DM für Zustellgebühr Anzeigen nach Tarif

WÜNSCHE AN DIE JÜDISCHEN

8. Jahrgang

München, den 14. November 1958

Nummer 42

Der Anfang vom Ende

Zum 20. Jahrestag der „Kristallnacht“

Von Dr. H. G. van Dam

Am 9. November 1938 zerplitterten in den Städten Deutschlands die Fensterböden und Bethäuser gingen in Feuer auf. Ein Tausender wurde die Männer aus ihren Häusern gerissen und in die Konzentrationslager gebracht. Es kommt auf eine Verknüpfung von Dingen heraus, von einer „Reichskristallnacht“ zu sprechen, wie dieses in tragischer Bagatelisierung eines weltgeschichtlichen Vorgangs auch heute noch allgemein geschieht. Es zersprang nicht nur das Kristall, das leicht ersetzt werden kann, und auch nicht allein eine bürgerliche Ordnung, an deren Stelle im Laufe einer revolutionären Entwicklung etwas anderes treten kann. Der Funke, der damals anzühtete, bereitete sich aus und ergriß Deutschland nicht nur in physischer sondern auch in moralischer Hinsicht. Die Meldung Heydrichs an Göring vom 11. November 1938 heißt es:

„815 zerstörte Geschäfte, 29 in Brand gesteckte oder sonst zerstörte Warenhäuser, 171 in Brand gesteckte oder zerstörte Wohnhäuser gehen, soweit es sich nicht um Brandlegungen handelt, nur einen Teil der wirklich vorliegenden Zerstörungen wieder.“
An Synagogen wurden 191 in Brand gesteckt, weitere 76 vollständig demoliert. Ferner wurden 11 Gemeindefräden, Friedhofskapellen und dergleichen in Brand gesteckt und weitere 3 völlig zerstört. Festgenommen wurden rund 20.000 Juden, 7erner 7 Arier und 3 Ausländer. Letztere wurden zu ihrer eigenen Sicherheit in Haft genommen. Am Todesfahnen wurden 30 Schauerbeilagen ebenfalls 36 geneidelt. Die Getöteten beziehungsweise die Verletzten sind Juden.“

Diese Zahlen gaben aber nur einen Bruchteil der wirklichen Zerstörungen wieder. Die SA-Brigade 50 in Darmstadt meldete am 11. November 37 verbrannte, gesprengte oder demolierte Synagogen, und Heydrich nannte am 12. November Göring bereits 7500 zerstörte jüdische Geschäfte. — Mi hemmungslöser Brutalität wurden die Verhaftungen vorgenommen. Eine Anzahl Morde wurden begangen, die die Form von „Exekutionen“ annahm. Die ganze Aktion wurde durch eine Rede von Goebbels am 9. November ausgelöst, die er um etwa 22.00 Uhr in München im alten Rathaus hielt. Er gab dort das Attentat auf die Gesundheitsratin von Rath in Paris bekannt und formulierte hierbei die Anweisungen an die Partei. In dem Bericht des obersten Parteigründers der NSDAP heißt es: „Die mündlich gegebenen Anweisungen des Reichspropagandaführers sind von sämtlichen anwesenden Parteiführern so verstanden worden, daß die Partei nicht nach außen als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung tritt, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte.“

Feuerwehr darf nicht eingreifen

Tatsächlich wurde später alle als spontane Demonstration hingestellt, die Zerstörungen, die Brandstiftung, die Mißhandlungen, während die Verhaftungen zum Schutze der Betroffenen vor der „Volkswut“ zur Anbahnung kamen. Der Führer der SA-Gruppe Nordsee gab aus München folgenden Bericht telefonisch durch:

„Jüdische Synagogen sind sofort in Brand zu stecken, jüdische Symbole sind sicherzustellen. Die Feuerwehr darf nicht eingreifen.“

Goebbels' was aber energisch die Behauptungen der ausländischen Presse über die Schwere von der Partei sind SA inzwischen werden sein, zurück: „Man erklärt, die spon-

tanen Reaktionen des deutschen Volkes seien durch organisierte Mannschaften durchgeführt worden. Wir wenig Ahnung doch diese Zeilen-schänder von Deutschland haben! Heute gibt es keinen Zweifel mehr über den Ablauf der Geschicke. Sie waren ein Anfang von einem schrecklichen Ende. Aus einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Opfern wurden viele Millionen Juden und Nichtjuden, Deutsche und Ausländer. — Der Pogrom von 1938 bildete nur ein Glied in der Kette der Ereignisse, eine Demonstration des Rassenmaterialismus.

Der deutsche Philosoph Jaspers hat kürzlich über den engen Zusammenhang von Wahrheit, Frieden und Freiheit gesprochen. In den Novembertagen des Jahres 1938 offenbarte sich ein Übermaß an Verlogenheit, die eine planmäßige Operation in einer spontanen Akt der Volkswut mündete. Die Lüge wurde zur Quelle der Unfreiheit und damit auch des Krieges. Man sollte heute erkennen, daß es sich bei dem sogenannten Pogrom gegen die Juden im Grunde genommen um einen deutschen Selbstmord handelte, nicht nur um die Brandstiftung an jüdischen Gotteshäusern, sondern um das Anlegen des Feuers am eigenen Hause. Es ist ganz bezeichnend, daß Männer der christlichen Kirche diese Erkenntnis sehr frühzeitig hatten, und es ist sichtlich kein Zufall, daß der kürzlich verstorbene Dr. Bell, Bischof von Chichester, seine warnende Stimme gegen die Judenverfolgung im Jahre 1938 erhob und später im Englischen Oberhaus mit den Worten gegen die Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung protestierte.

Im Jahre 1938 ging man daran, die Aus-

gliederung der Juden aus dem deutschen Wirtschafts- und Kulturbereich, die bereits am 1. April 1933 begonnen hatte, zu vollenden. Wer erinnerte sich damals an Albert Ballin, den großen Mann der Hamburg-Amerika-Linie, an Emil Rathenau von der AEG, an die jüdischen Schöpfer des Bank- und Kreditwesens, an den Chemiker Fritz Haber, an die zahlreichen Nobelpreisträger, unter ihnen als vornehmster Repräsentant die Persönlichkeit, die am Beginn des Atomzeitalters stand: Albert Einstein?

Normalisierung der Gefühlswelt

Nach 1945 mehren sich die Stimmen, die ein Wiedererleben der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland für unmöglich und auch unzulässig ansehen. Dennoch gibt es heute in der Bundesrepublik wiederum etwa 30 000 Juden gegenüber 600 000 im Deutschen Reich am 30. Januar 1933. — Es wäre verwerflich, die Augen vor den Tatsachen zu schließen und den hoffnungslosen Versuch zu machen, die jüngste Geschichte zu vergeessen. Eine derartige passive Stellungnahme führt zu einer Narkotisierung des Gewissens und zu einem stetigen Dämmer-schlaf, der die Realität nur in mattem Nebel gewahrt wird. Auch in einer derartigen Unzulassung liegt große Gefahren für die kommenden Generationen.

Wir Juden sprechen von einer Gefahr für Deutschland und nicht für die kleine jüdische Gruppe. Wir glauben aber daran, daß es für die Entwicklung der Menschheit nicht nützlich, sondern sehr schädlich sein muß, künstliche Verhänge aus Sentiment und Ressentiment zu ziehen. Daher ist es ein moralischer und politischer Faktor von Wert, daß auch heute wieder man Juden in Deutschland leben und eine angemessene Beziehung zur deutschen Bevölkerung besteht. Als angemessen in diesem Sinne sehen wir nicht einen ausgesprochenen Prosemitismus als Reaktion auf die Geschichte der Vergangenheit, sondern eine Normalisierung der Gefühlswelt, die noch nicht völlig erreicht, aber dringend notwendig ist.

Gedenken an „Kristallnacht“

Am Anlaß des 20. Jahrestages des Pogroms vom 9. November 1938, wurde in sehr vielen Städten der Bundesrepublik und in West-Berlin Gedenkstunden abgehalten, an denen zahlreiche Vertreter des deutschen öffentlichen Lebens und auch der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland eindringliche Worte der Bestimmung sprachen.

In Berlin erklärte der Regierende Bürgermeister, Willi Brandt, das deutsche Volk dürfe nie vergessen, was damals in seinem Namen Millionen Menschen zugefügt wurde. Aus dieser fürchterlichsten Periode deutscher Geschichte mußte die Lehre gezogen werden, daß aus Unfreiheit und Gewalt nichts anderes als Friedlosigkeit erwächst. Innenminister Joachim Lippert warnte in eindringlichen Worten davor, die Vergangenheit zu übersehen oder zu bagatelisieren, und Heinz G. Alinski, der Vorsitzende der Jüdischen

Gemeinde Berlin, erklärte, daß die Vorgänge in jener Nacht eine stete Mahnung sein sollen, alles zu tun, das nicht mehr eine Wiederholung solch grenzenhaften Geschehens eintreten könnte. In Hamburg erklärte Bürgermeister Brauer bei der Grundsteinlegung zu einer neuen Synagoge, daß es eine Ehrenpflicht der Hansestadt sei, zur Wiedergutmachung beizutragen, soweit eine solche überhaupt möglich sei. Die Stadt werde sich deshalb an dem Bau dieses jüdischen Gotteshauses beteiligen. In Bielefeld verurteilte der Präsident der evangelischen Landeskirche von Westfalen, Dr. Wils, daß es in Deutschland noch immer unverbessere Menschen gäbe, die von dem begangenen Unrecht nichts lösen wollten. In Paderborn erklärte ein Vertreter des Erzbischöflichen Ordinariats, daß der November 1938 immer eine Last, ein Kreuz und eine Schuld für das deutsche Volk bleiben werde.

In München

In der bayerischen Landeshauptstadt hatte die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Gemeinschaft mit dem Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgungsorganisationen, Landesverband Bayern e. V., dem Landrat für Freiheit und Recht e. V. und dem Deutschen Gewerkschaftsbund, Kreisamtschluß München, zu einer Gedenkfeier am Sonntag, 9. November, 11 Uhr in den Sophienpark aufgerufen, die Zahl der Teilnehmer nicht fassen konnte. Stadtrat Franz Fackler, der geschäftsführende Vorsitzende des Zentralverbands Demokratischer Widerstandskämpfer, und Verfolgungsorganisationen e. V., dankte im Anschluß an die Begrüßungsworte des Er-

schiene, unter denen sich eine Reihe jüdischer Persönlichkeiten befand, für ihre Teilnahme und der Bayerischen Staatsregierung für die finanzielle Zuwendung zur Ermöglichung der Veranstaltung. Er dankte auch den Philharmonikern, die kostenlos die musikalische Umrahmung durch ein Streichquartett übernommen hatten. Er begrüßte ferner die Vertreter des Bundesrats und des Fernsehen, die die Aufnahme der wichtigsten Teile der Veranstaltung zugesagt hatten und auch gesendet haben.

Herzliche Worte der Begrüßung richtete Staatsrat Dr. Alois H. und H. ammer, und diesen Tag zur Verfügung gestellt hatten: an Prof. Dr. Alfred M. e. r. c. h. i. o. n. i. n. i, Staats-

Zum 20. Jahrestag d. „Kristallnacht“

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Professor Dr. Theodor Heuss, erhielt am 9. November 1958 nachstehendes Schreiben:

Herrn Dr. Hendrik G. van Dam Zentralrat der Juden in Deutschland Düsseldorf

Sehr geehrter Herr van Dam! Die Erinnerung an den 9. November weckt das Erdenken, das sich alle empfinden mußten, als Robeist und Ehrfurchtslosigkeit sich in einer zerstörerischen Wut gegen jüdische Gotteshäuser manifestierten. Dieses Tages zu gedenken, ist sonderliche Pflicht in einem Zeitpunkt, da die Zahl derer wächst, die sich in die Annehmlichkeiten des Vergessen-Wollens flüchten möchten oder bereits geflohen sind. Die Infamie hat sich damals selber ein loedernes Denkmal gesetzt — die Flammen ragen längst in sich zusammengewachsen sind, aber ihre düstere Glut wirkt über die Jahrzehnte hinweg als brennende Scham.

ge. Theodor Heuss

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik, Dr. Konrad Adenauer, gedachte des 20. Jahrestages der „Kristallnacht“ mit folgendem Brief:

Zentralrat der Juden in Deutschland, z. Hd. des Herrn Generalsekretärs Dr. H. G. van Dam Düsseldorf

Sehr geehrter Herr van Dam!

Am 9. November dieses Jahres jährt sich zum 20. Male jener unselige Tag, an dem die Leiden der Mitbürger jüdischen Glaubens unerträglich zu werden begannen. Die Bundesregierung gedenkt an diesem Tag der unzähligen Opfer, die die nationalsozialistische Verfolgung unter den jüdischen Menschen gefordert hat, und nimmt teil an der Trauer der Überlebenden. Jeder weiß, daß es nicht möglich ist, das Leid, das der Nationalsozialismus über die Menschen jüdischen Glaubens gebracht hat, ungeschehen zu machen. Gerade deswegen aber war und ist es ein besonderes Anliegen der Bundesregierung, unwichtig die materiellen Schäden soweit wie möglich wieder gutzumachen. Die Bundesregierung begrüßt das wiederwärtige Leben der jüdischen Gemeinden in Deutschland und glaubt darin auch einen sichtbaren Beweis für die Erfolge ihrer Wiedergutmachungspolitik zu sehen, deren schneller Abschluß ihr besonders am Herzen liegt.

ges. Adenauer

minister Dr. Dr. Alois H. und H. ammer und Chefarzt a. D. Dr. Julius P. anner, den jüdischen Vorsitzenden der Münchner Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit.

Nachdem noch Entschuldigungsverheben einiger Minister und Staatssekretäre geschrieben worden, sprach als erster Redner Prof. Dr. Alfred M. e. r. c. h. i. o. n. i. n. i, Direktor der Dermatologischen Universitätsklinik München, der für seine Gedenkrede das Thema

„Die Reichskristallnacht und die Wissenschaft“ gewählt hatte.

Prof. Marchionini, der im November 1938 als Professor für Dermatologie an der Universität in Ankara wirkte, sagte eingangs, daß man gerade im Ausland begreife die Nationalsozialisten in den ersten Jahren nach der Machtübernahme vieloffenherzig als Ausdruck eines gewissen revolutionären Überwollens, als exzessive Begleiterscheinung eines allgemeinen Umbruchs“ hat deuten wollen, die nun einmal erfahrungsgemäß nationale oder sonstige Revolutionen zu begleiten pflegen. Politikern wie Gerhard Seger oder Ernst Thälmann, die die Überreste der langer Konzentrationslagerhaft in Aus-

Fortsetzung auf Seite 2

vergessen, aber, und hier wiederholte er fast wortgleich eine Formulierung der Zentralratserklärung, es sei „für die Entwicklung der Menschheit nicht nützlich, sondern sehr schädlich [...], künstliche Vorhänge aus Sentiment und Ressentiment zu ziehen. Daher ist es ein moralischer und politischer Faktor von Wert, daß auch heute wiederum Juden in Deutschland leben und eine angemessene Beziehung zur deutschen Bevölkerung besteht. Als angemessen in diesem Sinne sehen wir nicht einen ausgesprochenen Prosemitismus als Reaktion auf die Geschehnisse der Vergangenheit, sondern eine Normalisierung der Gefühlswelt, die noch nicht völlig erreicht, aber dringend notwendig ist.“²²

Nur in einem Beitrag mit ausdrücklich weniger appellativem Charakter fand sich eine deutlich pessimistischere Sichtweise. So fragte Chefredakteur Karl Marx in der *Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland*, ob „ein Tag wie der 9. November 1938 innerhalb von zwanzig Jahren in die Anonymität einer Jahreszahl untertauchen“ darf?²³ Marx sah Anzeichen für einen Wandel in der Wahrnehmung des Geschehenen, eine „Denkart“, die „zwanzig Jahre bereits als Geschichte zu empfinden“ vermag. Diese beginnende Historisierung betrachtete er nicht ohne Sorge.

Relativierende und nivellierende Tendenzen machte er auch bei der jungen Generation aus, die zwar „etwas von den Sünden der Väter“ ahne, aber „von dem 9. November 1938 wohl nicht anders als vom 14. Juli 1789, von den Jahren 1871, 1914, 1918“ spreche: „Geschehen, das vielen noch in frischer und schmerzlicher Erinnerung ist, ist diesen jungen Menschen wiederum nicht mehr im unmittelbaren Bewußtsein. Der Tag, der zum belastendsten Gedenktag in der deutschen Geschichte geworden ist, mag tatsächlich der Jugend nichts mehr als ein Gedenktag sein.“ Warum Juden in Deutschland einen Neuanfang gewagt haben, könne nicht erklärt werden und so lautet Marx' resignatives Fazit: „Es gibt auch keine Mahnung, die stark genug ist, als daß sie sichtbar und ewig über dem 9. November 1938 stehen könnte.“

in Anführungszeichen geschrieben, aber nicht näher problematisiert. Lediglich Hendrik George van Dam verwies auf die Bagatellisierung des Geschehenen durch diesen Begriff.

²² Ebd.

²³ Karl Marx: Als die Fundamente fielen! Gedanken zum 20. Jahrestag des 9. November 1938. In: *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland*, 7.11.1958, S. 1.

Auffallend ist, dass es in den Darstellungen keine Verweise auf aktuelle antisemitische Vorfälle gab. So hätten der Fall des Studienrates Zind, der einen jüdischen Kaufmann schwer beleidigt hatte, sowie der Fall des ehemaligen Buchenwalder KZ-Arzt Eisele, der sich im Sommer 1958 seiner drohenden Verhaftung durch Flucht entzogen hatte, genügend aktuelle Bezugnahmen ermöglicht.²⁴

In den meisten Artikeln dominierte die Einschätzung, dass der 9. November 1938 der Ausgangspunkt für die Ermordung der Juden gewesen sei, so auch in der Erklärung des Zentralrats, in der es hieß: „Die Endlösung hatte ihren Anfang genommen.“²⁵ Häufig wurde auch auf das Erschrecken hingewiesen, dass gerade Deutschland als Kulturland zum Ausgangspunkt der Barbarei werden konnte.²⁶ Die Hauptverantwortung für die Pogrome wurde in einem Artikel der *Münchener Jüdischen Nachrichten*²⁷ zweifelsfrei bei der Partei und vor allem bei der SA gesehen. In einem anderen Artikel unterschied der Münchner CSU-Stadtrat und geschäftsführende Vorsitzende des Zentralverbandes demokratischer Widerstandskämpfer, Franz Fackler, zwischen dem anständigen Teil von Deutschen und dem Pöbel.²⁸ Die anständigen Deutschen hätten sich von den Pogromen ferngehalten, konnten aber keinen Widerstand leisten, da ein solcher gefährlich gewesen sei. Diese Sichtweise – ähnlich der Unterscheidung von Deutschen und Nazis – ermöglichte Nichtjuden, sich selbst und ihre Angehörigen aus der Tätergruppe auszuklammern und die Schuld allein einer anderen Gruppe, hier dem Pöbel, zuzuweisen.

Dies war eine für die damalige Zeit nicht untypische Sicht auf die Novemberpogrome, ebenso üblich war das Ausklam-

²⁴ Nur in einem Artikel wurde ganz kurz die Causa Zind erwähnt: „Wir dürfen niemals vergessen!“/Gedenkfeiern zum 20. Jahrestag der Synagogen-Zerstörung. In: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 21.11.1958, S. 5 f., hier S. 5.

²⁵ Vgl. ebenfalls: Hendrik George van Dam: Der Anfang vom Ende (wie Anm. 21). Van Dam sieht die Novemberpogrome als „Anfang von einem schrecklichen Ende“.

²⁶ Vgl. Bundesrichter a. D. Dr. Galleiske: Gedanken zum 9. November. In: Münchener Jüdische Nachrichten, 7.11.1958, S. 1; vgl. ebenso: Marx: Als die Fundamente fielen (wie Anm. 23). Hier war die Rede vom „Volk der Dichter und Denker“, das „den millionenfachen Mord [duldete]“; ebenso: Predigt Dr. Warsés zum 9. November. In: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 21.11.1958, S. 15.

²⁷ In München (wie Anm. 19), S. 2.

²⁸ Franz Fackler: Kristallnacht – 20 Jahre später. In: Münchener Jüdische Nachrichten, 7.11.1958, S. 1.

mern der unmittelbaren Vorgeschichte sowie der Folgen der Pogrome: Die Deportationen von polnischen Juden im Oktober 1938, sowie der Raub jüdischen Eigentums im Zuge der ‚Arisierung‘ blieben ungenannt.

Dagegen beschäftigte sich der Schriftsteller Herbert Freedens²⁹ explizit mit den Folgen der Pogrome für die Täter und versuchte aufzuzeigen, wie sehr die Novemberpogrome vor allem für die Nazis selbst eine Niederlage bedeuteten.³⁰ Freedens zufolge führte das Bekanntwerden der Verfolgung zu weltweiten Protesten, der wirtschaftliche Schaden wäre immens gewesen, „da die jüdischen Betriebe ein integraler Teil des deutschen Wirtschaftskörpers waren“, und auch der Export wurde „erheblich in Mitleidenschaft gezogen“.³¹ Auch Hendrik George van Dam sah das Novemberpogrom als „deutschen Selbstmord“. Seiner Meinung nach hätten gerade „Männer der christlichen Kirchen diese Erkenntnis sehr frühzeitig“ erlangt.³²

Auch Franz Fackler, ein Nichtjude, behauptete in dem oben zitierten Beitrag, dass der Klerus im Visier der Nationalsozialisten gestanden habe: „Wohin die Reise ging, zeichnete sich schon in dieser Nacht ab, als randalierende Teilnehmer der Kristallnacht schon während dieser in das erzbischöfliche Palais hineinschossen und ankündigten, daß nach den Juden die ‚Schwarzen‘ als sogenannte ‚weiße Juden‘ darankommen würden.“³³ Diese Bezeichnung des Klerus als ‚weiße Juden‘ enthielt eine Opferparallelisierung, die relativierend und geschichtsklitternd war, aber offenbar als argumentative Strategie fungierte, mit der Juden und Christen gleichsam „vereint“ werden sollten. In einem weiteren, christlich-religiös begründeten Beitrag auf derselben Seite beschwor Bundesrichter a.D. Galleiske eine Gemeinschaft von Juden und Christen.³⁴ Es erschien ihm unge-

²⁹ Herbert Freedens wurde als Herbert Friedenthal 1909 in Posen geboren. 1939 emigrierte er nach London. Ab 1951 lebte er in Jerusalem, wo er 2003 verstarb. Bekanntheit erlangte er mit seiner Studie „Die jüdische Presse im Dritten Reich“, Frankfurt am Main 1987.

³⁰ Herbert Freedens: Das Fiasko der „Kristallnacht“. Zum 20. Jahrestag der Novemberpogrome 1938. In: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 7.11.1958, S. 3.

³¹ Eine ganz ähnliche Sichtweise auch: In München (wie Anm. 19). Hier wurde auf den Schaden für Deutschland aufgrund der in Folge des Pogroms einsetzenden Massenauswanderung von Juden verwiesen, S. 2.

³² Hendrik George van Dam: Der Anfang vom Ende (wie Anm. 21), S. 1.

³³ Fackler: Kristallnacht (wie Anm. 28).

³⁴ Bundesrichter a.D. Dr. Galleiske: Verantwortung. Gedanken zum 9. November. In: Münchener Jüdische Nachrichten, 7.11.1958, S. 1.

heuerlich, dass die Pogrome geschehen konnten, „im Lebensbereich von Millionen Christen, die mit ihren jüdischen Brüdern und Schwestern den gemeinsamen Vater im Himmel haben, deren Heiland dem Fleische nach jüdischer Abstammung ist, und für die ebenfalls das heilige alttestamentliche Gebot gilt: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!“ Der schon in der Botschaft des Zentralrats vorgebrachte Appell, nicht zu vergessen, sowie die Forderung, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und vor allem die Jugend aufzuklären, wurde auch an anderer Stelle in den Artikeln vorgebracht, meist im Rückgriff auf Zitate des katholischen Religionsphilosophen Romano Guardini und des Philosophen Karl Jaspers.³⁵

In den Berichten zu den Gedenkfeiern wurde die Teilnahme nichtjüdischer Gäste betont³⁶ und wiederholt von Versöhnung gesprochen.³⁷ Der Wille zur Verständigung von nicht-jüdischer Seite wurde auch im Aufruf von Franz Fackler deutlich, der zur Teilnahme an einer Münchner Gedenkkundgebung aufruft: „Mögen auch unsere jüdischen Mitbürger an dieser Veranstaltung teilnehmen, um zu sehen, daß der Großteil der Münchner Bürgerschaft sich mit Abscheu von den Taten des Naziregimes abgewendet hat und einer neuen Zukunft in Frieden und Freiheit mit ihren jüdischen Mitbürgern entgegengehen will.“

Generell wurde in der Berichterstattung zum 20. Jahrestag der Novemberpogrome in der deutsch-jüdischen Presse das Bemühen sichtbar, den eigenen Platz innerhalb der deutschen Gesellschaft für die Zukunft zu finden – gerade da es nun mehr oder weniger klar war, dass man in Deutschland bleiben werde. Das Gedenken an den 9. November 1938 bot scheinbar die Möglichkeit, eine gemeinsame Sprache zu finden, in der zwar die Bedeutung der Erinnerung und „Wiedergutmachung“ betont wurde, aber auch von „Normalisierung“ und Versöhnung die Rede war. Bestimmte Narrative, insbesondere in den Beiträgen nichtjüdischer Autoren, wie zum Beispiel der Verweis auf jüdisch-christliche Gemeinsamkeiten und die Unter-

³⁵ Ebd., In München (wie Anm. 19). Guardini habe „an alle die Mahnung gerichtet, dieses Unrecht in unsere Verantwortung aufzunehmen und aus dem Geschehenen die Lehren zu ziehen“. Und nach Karl Jaspers dürften Eltern „ihre Kinder nicht vor schrecklichen Kenntnissen bewahren wollen. Vergessen verhindert mit der Wahrheit die politische Erziehung.“, hier S. 2.

³⁶ „Wir dürfen niemals vergessen!“ (wie Anm. 24), hier S. 5.

³⁷ So in der Rede Werner Nachmanns, ebenso sei die Ansprache von Landesrabbiner Dr. Bloch „vom Geist der Versöhnung“ erfüllt gewesen. Ebd.

BILDNACHWEIS

Abb. 1: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145

Bild-00021284. Foto Simon Müller/20. September 1959.

Abb. 2: Titelseite der Münchener Jüdischen Nachrichten vom 14. November 1958.

scheidung zwischen ‚Deutschen‘ und dem ‚nationalsozialistischen Pöbel‘, boten der nichtjüdischen Bevölkerung Anknüpfungspunkte an das Gedenken und eine gemeinsame Zukunftsvision an, zumal man sich von jüdischer Seite der „Anklage, Mahnung und Belehrung“ enthalten wollte.³⁸ Ein Preis dafür war das Verschweigen aktueller antisemitischer Vorfälle, die in so gut wie keinem Artikel direkte Erwähnung fanden. Nur in dieser Form schien Ende der 1950er Jahre die Entwicklung eines gemeinsamen Gedenkens an die Novemberpogrome möglich.

³⁸ In gewisser Weise zeigten sich hier auch Elemente des von Anthony Kauders beschriebenen „Gabentauschs“: Die jüdische Minderheit versicherte der nichtjüdischen deutschen Öffentlichkeit demokratisches Potential, indem sie diese am Gedenken teilhaben ließ, während die nichtjüdische Öffentlichkeit im Gegenzug der jüdischen Minorität Anerkennung zollte, indem sie die Erinnerung an die Novemberpogrome unterstützte. Vgl. Anthony D. Kauders: *Unmögliche Heimat. Eine deutsch-jüdische Geschichte der Bundesrepublik*. München 2007, S. 126.